



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 8. September 2015
(OR. en)

11753/15

FIN 592

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Kristalina GEORGIEVA, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	8. September 2015
Empfänger:	Herr Pierre GRAMEGNA, Präsident des Rates der Europäischen Union
Betr.:	Vorschlag für eine Mittelübertragung Nr. DEC 28/2015 innerhalb des Einzelplans III – Kommission – des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument DEC 28/2015.

Anl.: DEC 28/2015



BRÜSSEL, 03/09/2015

GESAMTHAUSHALTSPLAN – HAUSHALTSJAHR 2015
EINZELPLAN III – KOMMISSION TITEL: 01, 21, 23, 40

MITTELÜBERTRAGUNG Nr. DEC 28/2015

HERKUNFT DER MITTEL

KAPITEL – 01 03 Internationale Wirtschafts- und Finanzfragen

ARTIKEL – 01 03 02 Makrofinanzielle Hilfe	Verpflichtungen	-42 455 000,00
	Zahlungen	-1 688 254,00

KAPITEL – 40 02 Reserve für Finanzinterventionen

ARTIKEL – 40 02 42 Soforthilfereserve (übertragene Mittel)	Verpflichtungen	-2 545 000,00
ARTIKEL – 40 02 42 Soforthilfereserve	Zahlungen	-13 311 746,00

BESTIMMUNG DER MITTEL

KAPITEL – 21 03 Europäisches Nachbarschaftsinstrument (ENI)

POSTEN – 21 03 01 03 Mittelmeerländer — Vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Konfliktverhütung und -beilegung	Verpflichtungen	30 000 000,00
---	-----------------	---------------

KAPITEL – 23 02 Humanitäre Hilfe, Nahrungsmittelhilfe und Katastrophenvorsorge

ARTIKEL – 23 02 01 Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter humanitärer und Nahrungsmittelhilfe	Verpflichtungen	2 545 000,00
ARTIKEL – 23 02 01 Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter humanitärer und Nahrungsmittelhilfe	Verpflichtungen	12 455 000,00
	Zahlungen	15 000 000,00

I. ENTNAHME

I.1

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

01 03 02 – Makrofinanzielle Hilfe

b) Zahlenangaben (Stand: 27.8.2015)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	77 955 000,00	74 218 061,00
1B Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0,00	0,00
2 Mittelübertragungen	0,00	0,00
3 Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	77 955 000,00	74 218 061,00
4 Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	0,00	23 029 806,20
5 Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	77 955 000,00	51 188 254,80
6 Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	35 500 000,00	49 500 000,80
7 Beantragte Entnahme	42 455 000,00	1 688 254,00
8 Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	54,46 %	2,27 %
9 Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1 Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0,00	0,00
2 Verfügbare Mittel am 27.8.2015	0,00	0,00
3 Ausführungsrate $[(1-2)/1]$	entfällt	entfällt

d) Begründung

Am 24. August 2015 betrug die Ausführungsrate der Mittel für Verpflichtungen bei dieser Haushaltslinie 0 %, während die Ausführungsrate bei den Mitteln für Zahlungen bei 31 % lag.

Gemäß früheren Prognosen wurden die Mittel für Vorhaben im Rahmen der Makrofinanzhilfe in Georgien (23 Mio. EUR in Form von Finanzhilfen) ausgezahlt, und für die Kirgisische Republik ist die Mittelausführung (15 Mio. EUR in Form von Finanzhilfen) im Jahr 2015 vorgesehen. Die Makrofinanzhilfsvorhaben für Moldau und Armenien werden im Jahr 2015 jedoch vermutlich nicht zustande kommen.

Für Armenien: Ein Antrag der armenischen Behörden auf Makrofinanzhilfen ging im Februar 2013 ein und wurde im Februar 2014 erneuert. Das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) genehmigte im März 2014 ein Dreijahresprogramm über 125 Mio. USD und stellte eine Finanzierungslücke in Höhe von 100 Mio. USD fest, die durch Makrofinanzhilfen der EU gedeckt werden soll. Daher brachte die Kommission den entsprechenden Antrag im Haushaltsverfahren ein. Angesichts der Wirtschaftslage und der Fähigkeit Armeniens, externe Finanzierung zu erhalten (insbesondere durch die Ausgabe von Eurobonds in Höhe von 500 Mio. USD im März 2015), hält die Kommission die makroökonomische Stabilität derzeit jedoch nicht für bedroht und wird 2015 kein neues Makrofinanzhilfeprogramm für das Land vorschlagen. Die Kommission wird die Lage mit Blick auf einen eventuellen neuen Vorschlag ständig überwachen, der in den Jahren 2016-2017 Auswirkungen auf den Haushalt haben könnte.

Für Moldau: Ende 2013 und im Jahr 2014 erkundigte sich die moldauische Regierung nach der Möglichkeit eines neuen Makrofinanzhilfsvorhabens neben einem neuen IWF-Programm. Dies wurde entsprechend in den Haushaltsentwurf 2015 aufgenommen. Allerdings scheiterten die diesbezüglichen Verhandlungen mit dem IWF Anfang 2014. Nach den Wahlen vom November 2014 geriet Moldau in einen Zustand der politischen Instabilität, der durch Regierungsumbildungen, eine Bankenkrise und das Abgleiten der Realwirtschaft in eine Rezession gekennzeichnet war. In diesem Zusammenhang wurden die geplanten Verhandlungen über ein neues IWF-Programm zweimal abgesagt. Die derzeitige Regierung, die Ende Juli 2015 gebildet wurde, hat die Verhandlungen über ein neues IWF-Programm wieder aufgenommen, das dem IWF-Exekutivdirektorium im November 2015 zur Genehmigung vorgelegt werden könnte. Sollten bei dem IWF-Programm deutliche Fortschritte erzielt werden, werden die moldauischen Behörden vermutlich förmlich Makrofinanzhilfe beantragen, was in den Jahren 2016-2017 Auswirkungen auf den Haushalt hätte.

Folglich können 2015 insgesamt 77 455 000 EUR an Mitteln für Verpflichtung (MfV) und 35 688 254 EUR an Mitteln für Zahlungen (MfZ) zur Deckung des dringenden Bedarfs bei anderen Haushaltslinien der Rubrik 4 wie folgt übertragen werden:

- 20 Mio. EUR an MfV und 19 Mio. EUR an MfZ für zusätzliche Unterstützung für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)
- 15 Mio. EUR an MfV und 15 Mio. EUR an MfZ für die humanitäre Hilfe in Südsudan
- der Restbetrag von 42 455 000 EUR an MfV und 1 688 254 EUR an MfZ für die Krise in Syrien und im Irak

I.2

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

40 02 42 – Soforthilfereserve (übertragene Mittel)

b) Zahlenangaben (Stand: 27.8.2015)

	Verpflichtungen
1A Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH) [übertragene Mittel]	198 922 866,00
1B Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0,00
2 Mittelübertragungen	-105 000 000,00
3 Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	93 922 866,00
4 Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	0,00
5 Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	93 922 866,00
6 Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	91 377 866,00
7 Beantragte Entnahme	2 545 000,00
8 Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	1,28 %
9 Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen
1 Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0,00
2 Verfügbare Mittel am 27.8.2015	0,00
3 Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt

d) Begründung

Nach Artikel 9 des mehrjährigen Finanzrahmens soll die Reserve für Soforthilfe im Fall von Ereignissen, die bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht vorhersehbar waren, rasch einen punktuellen Bedarf an Hilfeleistungen für Drittländer decken; sie ist vorrangig für humanitäre Zwecke bestimmt, sofern die Umstände es erfordern aber auch für Maßnahmen des zivilen Krisenmanagements und des Katastrophenschutzes sowie für besondere Belastungssituationen, die durch den Zustrom von Migranten an den Außengrenzen der Union entstehen.

I.3

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

40 02 42 – Soforthilfereserve

b) Zahlenangaben (Stand: 27.8.2015)

	Zahlungen
1A Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	150 000 000,00
1B Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0,00
2 Mittelübertragungen	-105 000 000,00
3 Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	45 000 000,00
4 Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	0,00
5 Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	45 000 000,00
6 Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	31 688 254,00
7 Beantragte Entnahme	13 311 746,00
8 Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	8,87 %
9 Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Zahlungen
1 Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0,00
2 Verfügbare Mittel am 27.8.2015	0,00
3 Ausführungsrate $[(1-2)/1]$	entfällt

d) Begründung

Nach Artikel 9 des mehrjährigen Finanzrahmens soll die Reserve für Soforthilfe im Fall von Ereignissen, die bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht vorhersehbar waren, rasch einen punktuellen Bedarf an Hilfeleistungen für Drittländer decken; sie ist vorrangig für humanitäre Zwecke bestimmt, sofern die Umstände es erfordern aber auch für Maßnahmen des zivilen Krisenmanagements und des Katastrophenschutzes sowie für besondere Belastungssituationen, die durch den Zustrom von Migranten an den Außengrenzen der Union entstehen.

II. AUFSTOCKUNG

II.1

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

21 03 01 03 Mittelmeerländer — Vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Konfliktverhütung und -beilegung

b) Zahlenangaben (Stand: 27.8.2015)

	Verpflichtungen
1A Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	44 500 000,00
1B Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0,00
2 Mittelübertragungen	72 500 000,00
3 Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	117 000 000,00
4 Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	10 000 000,00
5 Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	107 000 000,00
6 Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	137 000 000,00
7 Beantragte Aufstockung	30 000 000,00
8 Anteil der Aufstockung an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	67,42 %
9 Anteil der kumulierten Aufstockungen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen
1 Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0,00
2 Verfügbare Mittel am 27.8.2015	0,00
3 Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt

d) Begründung

Am 24. August 2015 betrug die Ausführungsrate bei den Mitteln für Verpflichtungen dieser Haushaltslinie 74 %, während sie sich bei den Mitteln für Zahlungen auf 83 % belief. Zum selben Zeitpunkt lag die Gesamtausführungsrate bei den Mitteln für Verpflichtungen des Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ENI) bei 75 %, während sie sich bei den Mitteln für Zahlungen auf 63 % belief. Interne Mittelumschichtungen wurden im ENI bereits in größtmöglichem Umfang durchgeführt, insbesondere zur Aufstockung der jährlichen Mittelzuweisung für Tunesien, und es bestehen keine weiteren Möglichkeiten für eine Neuprogrammierung von Mitteln.

Die an Syrien grenzenden Länder, die derzeit mehr als vier Millionen Flüchtlinge beherbergen, nähern sich einem gefährlichen Sättigungspunkt in Bezug auf die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen. Dies gilt insbesondere für den Libanon, wo die knapp 1,2 Millionen Flüchtlinge mehr als 25 % der Bevölkerung ausmachen, so dass der Libanon im Verhältnis zur Bevölkerung weltweit die meisten Flüchtlinge beherbergt.

Die meisten Flüchtlinge sind Kinder und junge Menschen, die ohne ausreichende Bildung und Existenzmöglichkeiten Gefahr laufen, leichte Beute für Radikalisierung und illegale Migration zu werden. Es ist daher notwendig, die Kapazitäten der Aufnahmeländer durch Maßnahmen zur Verknüpfung von Soforthilfe, Wiederaufbau und Entwicklung (LRRD) aufzustocken, die im Rahmen des ENI finanziert werden, insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit.

Zusätzliche Mittel für Verpflichtungen in Höhe von 30 Mio. EUR sind für die folgenden zwei vorrangigen LRRD-

Maßnahmen notwendig:

1. Soforthilfe für palästinensische Flüchtlinge in Syrien, die durch die Krise in Syrien vertrieben wurden (10 Mio. EUR)
2. Sofortmaßnahmen zur Förderung der Bildung von syrischen Flüchtlingskindern im Libanon und in Jordanien (20 Mio. EUR)

Weitere Einzelheiten sind Anhang I zu entnehmen.

II.2

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

23 02 01 – Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter humanitärer und Nahrungsmittelhilfe

b) Zahlenangaben (Stand: 27.8.2015)

	Verpflichtungen
1A Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH) [übertragene Mittel]	0,00
1B Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0,00
2 Mittelübertragungen	105 000 000,00
3 Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	105 000 000,00
4 Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	105 000 000,00
5 Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	0,00
6 Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	2 545 000,00
7 Beantragte Aufstockung	2 545 000,00
8 Anteil der Aufstockung an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	entfällt
9 Anteil der kumulierten Aufstockungen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen
1 Verfügbare Mittel am Jahresanfang	62 508,54
2 Verfügbare Mittel am 27.8.2015	8 867,24
3 Ausführungsrate [(1-2)/1]	85,81 %

d) Begründung

Siehe Punkt II 3.

II.3

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

23 02 01 – Bereitstellung rascher, wirksamer und bedarfsgerechter humanitärer und Nahrungsmittelhilfe

b) Zahlenangaben (Stand: 27.8.2015)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	882 446 000,00	872 446 000,00
1B Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0,00	0,00
2 Mittelübertragungen	-3 000 000,00	105 000 000,00
3 Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	879 446 000,00	977 446 000,00
4 Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	839 095 000,00	709 790 384,67
5 Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	40 351 000,00	267 655 615,33
6 Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	52 806 000,00	282 655 615,33
7 Beantragte Aufstockung	12 455 000,00	15 000 000,00
8 Anteil der Aufstockung an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	1,41 %	1,72 %
9 Anteil der kumulierten Aufstockungen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1 Verfügbare Mittel am Jahresanfang	62 508,54	28 512,24
2 Verfügbare Mittel am 27.8.2015	8 867,24	0,00
3 Ausführungsrate [(1-2)/1]	85,81 %	100,00 %

d) Begründung

Am 24. August 2015 betrug die Gesamtausführungsrate bei den Mitteln für Verpflichtungen des Kapitels für humanitäre Hilfe 96 %, während sie sich bei den Mitteln für Zahlungen auf 72 % belief.

Im Juni und Juli führte die Kommission eine eingehende Bedarfsbewertung im Rahmen ihrer Halbjahresüberprüfung der humanitären Hilfe durch. Infolgedessen wurden 27 Mio. EUR aus der operativen Reserve einer Reihe von Krisen zugewiesen, u. a. im Jemen, in der Region der Großen Seen, in Sudan und am Horn von Afrika. Während der ursprünglich in der operativen Reserve eingestellte Betrag bei 176 Mio. EUR lag, stehen nunmehr Mittel an Verpflichtungen in Höhe von 40 Mio. EUR zur Verfügung. Diese Mittel (10 Mio. EUR pro Monat) sind notwendig, um den Bedarf bei neuen oder sich verschlimmernden Krisen und Naturkatastrophen zu decken, die bis Ende des Jahres noch eintreten können, einschließlich der wiederkehrenden Monsunniederschläge, Taifune und Wirbelstürme in Südasiens, Mittelamerika und der Karibik.

Der Bedarf im Zusammenhang mit der Krise in Syrien nimmt weiter zu. Seit dem letzten Antrag der Kommission im Juni 2015 auf Inanspruchnahme von 50 Mio. EUR aus der Soforthilfereserve (DEC 24) hat die Gewalt weiter zugenommen. Die humanitäre Lage ist mittlerweile schlechter als je zuvor und wird sich voraussichtlich im Laufe des Jahres 2015 noch weiter verschlechtern. Nach den Vorstößen, die die Organisation „Islamischer Staat in Irak und der Levante“ im Juli erzielte, kommt es derzeit erneut zu Vertreibungen. Fast 5 Millionen Menschen leiden derzeit in den ländlichen Gebieten im Raum Damaskus sowie in Damaskus, Dara'a und Aleppo unter Wasserknappheit, da die Wasserversorgung durch die Konfliktparteien absichtlich unterbrochen wurde.

Die Krise im Irak, ein Notfall der Stufe 3, ist nach wie vor eine der schwersten humanitären Katastrophen der Welt. Die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen (VN) erwarten im Rahmen des wahrscheinlichsten Szenarios, dass bis

Ende 2015 1,7 Millionen neue Binnenvertriebene zu den bislang 3,1 Millionen hinzukommen werden. Die Zahl der hilfsbedürftigen Menschen dürfte auf 10 Millionen steigen (von derzeit 8,2 Millionen). Seit Juni/Juli ist es zu einer weiteren Eskalation des Konflikts und neuen Vertreibungen in großem Umfang gekommen. Das Humanitäre Soforthilfeprogramm für den Irak hat eine Finanzierungslücke von insgesamt 85 % zu verzeichnen und Maßnahmen werden wegen fehlender Mittel bereits eingestellt. Am 27. Juli kündigten die Vereinten Nationen an, 184 Gesundheitsleistungen vor Ort aufgrund des Mangels an Finanzmitteln auszusetzen. Zudem erklärten die Vereinten Nationen am 9. August, dass die Nahrungsmittelversorgung im Oktober zusammenbrechen wird, was Auswirkungen auf zwei Millionen Menschen in Not haben wird.

Ein Betrag in Höhe von insgesamt 15 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen und Mitteln für Zahlungen (10 Mio. EUR für Syrien und 5 Mio. EUR für den Irak) ist daher notwendig, um den zusätzlichen Bedarf an humanitärer Hilfe zu decken, der durch diese anhaltenden Krisen entsteht.

Die Kommission hat Umschichtungsmöglichkeiten innerhalb der Rubrik 4 geprüft und verfügbare Mittel ausgemacht, durch die die beantragten Aufstockungen teilweise gedeckt werden können (12 455 000 EUR an Mitteln für Verpflichtungen und 1 688 254 EUR an Mitteln für Zahlungen aus der Makrofinanzhilfe). Eine Aufstockung zur Deckung des fehlenden Restbetrags von 2 545 000 EUR an Mitteln für Verpflichtungen und 13 311 746 EUR an Mitteln für Zahlungen wird daher durch die Inanspruchnahme der Soforthilfereserve beantragt.

Weitere Einzelheiten zu den Krisen in Syrien und im Irak sowie zu dem Einsatz von Mitteln sind den beigefügten Anhängen II und III zu entnehmen.

ANNEX I: Syrian crisis - European Neighbourhood Instrument (ENI)

1. Emergency support to Palestinian refugees in Syria displaced by the Syrian crisis (EUR 10 million):

All 12 Palestine refugee camps and all 560 000 registered Palestinian refugees in the country have been profoundly affected by the conflict. With violence escalating, movement and access are more difficult and causing increasingly severe hardship. The United Nations Relief and Works Agency (UNRWA) estimates that 95% of the 480 000 Palestinian refugees remaining in Syria are in continuous need of aid. In Lebanon, Jordan and Egypt, many Palestinian refugees from Syria do not have legal status and are unable to access civil registration procedures and basic social services. Their movement is limited and they live in constant fear of arrest and forced return to Syria. Palestinian refugees are leaving Syria by unsafe routes to Turkey, often risking their lives. The regional protection needs of Palestinian refugees are acute and urgent and supporting them is an imperative of regional humanitarian, political and strategic importance.

The 2014 UNRWA appeal received only 50% funding. Only through a substantial reduction of individual assistance was UNRWA able to continue serving all those in need. If funding levels continue to decline, critical efforts in emergency education and health care will cease and cash assistance - the central pillar of the UNRWA response - will be threatened. Decades of development gains made possible by the international community are in risk of being lost. In 2015, UNRWA requires USD 415.4 million to meet minimum needs of Palestinian refugees affected by the Syria crisis in the region.

In Syria, access to jobs and livelihood opportunities will be supported through Technical Vocational Education and Training (TVET, including e-TVET) for Palestinian refugee youth; microfinance (including dedicated products focusing on informal economy businesses, and start-up grants for TVET graduates); infrastructure rehabilitation, incl. rubble removal, water supplies, sanitation infrastructure, as well as UNRWA facilities where required. Basic social services will be maintained through emergency education to ensure better access for children, including mainstreamed mental health and psycho-social support services, and training of teachers, self-learning material and support to UNRWA Emergency in Education Program, as well as health recovery and hospitalisation.

In Lebanon, the funds will be used for (i) primary/secondary education: extra teacher, recreational activities, psychosocial support; (ii) TVET; (iii) primary/secondary health (including hospitalisation).

In Jordan, the focus will be on emergency health, primary education and waste management (due to increased pressure in the camps; environmental health).

2. Emergency education support for Syrian refugee children (EUR 20 million):

During the past school year 2014-2015, 750 000 Syrian refugee children remained out of school - 57% of the population in school age. The situation is particularly dramatic in Lebanon and there is real danger of having a lost generation of young Syrians.

In Lebanon, shelter remains a serious concern for the vast majority of refugee families, while the number of house evictions and dismantling of informal refugee settlements are increasing. The government's recent decision to change its visa policy further complicates the already dire situation of the refugees and there have

been reports of forced return to the camps and to Syria, regular deportation and expulsion of vulnerable persons.

Since the beginning of the Syrian crisis, the EU has allocated EUR 105 million to the educational sector. Thanks to funding from Germany, United States and the EU, the costs of around 104 000 students for new school year 2015-2016 are currently covered. With additional contributions from UNHCR and the World Bank - Department for International Development, this figure could reach around 150 000 children. There remains a gap of 50 000 students to reach the target of 200 000, set by the "Reaching All Children with Education" (RACE) strategy in the context of the "No lost generation" initiative. (Currently only around 100 000 Syrian children are attending public schools while 350 000 do not have access to basic education.)

To cover the funding gap in 2015, an additional EU contribution of around EUR 28 million is needed. With EUR 72 million currently available for Syria, Jordan and Lebanon under the ENI budget line, only EUR 18 million could be allocated for education support in Lebanon. Therefore, there is an urgent need for an additional amount of **EUR 10 million** that would allow to fund the schooling of 16 000 - 17 000 children to reach the overall target of 200 000.

In Jordan, access to health care by Syrian refugees has been limited by a recent decree by the Government of Jordan, which ended free provision of secondary health care and treatment of chronic illnesses for Syrian refugees. This has forced some refugees to seek access to health services in refugee camps as a result, further straining resources in the camps. The overall needs for the Syrian refugee crisis have increased again this year as indicated by the UN crisis appeals for 2015: USD 8.6 billion, up from USD 6 billion for 2014.

The EU's budget support allocation of EUR 43 million to the Ministry of Education for the schooling of Syrian refugee children is not sufficient to cover the schooling costs of 140 000 Syrian refugee children. Because of rising numbers and the EUR/JD exchange rate loss, a minimum additional contribution of **EUR 10 million** is required to reach the overall targets of:

- Mobilising and paying up to 4 500 additional teachers for first and second shifts;
- Ensuring up to 140 000 Syrian refugee children attending school;
- Providing school books for at least 80% of the children;
- Covering operational cost for 125 double shifts in schools and camps;
- Providing 160 additional classrooms;

Without this additional support, the EU and Jordan would have to:

- Reduce the number of children attending school by at least 10 000;
- Cancel the 160 new classrooms;
- Reduce by half the number of school books bought for children;
- Provide only a symbolic amount to school running costs.

ANNEX II: SYRIA and NEIGHBOURING COUNTRIES

Key financial information	
Total amount committed in previous year for this crisis	EUR 201 million
Amount committed through the current year's initial Humanitarian Implementation Plan (HIP) relating to this crisis	EUR 100 million
Funds already committed this year for this crisis from the: - Humanitarian Aid Operational Reserve - Emergency Aid Reserve	EUR 14 million EUR 50 million
Total amount from the Humanitarian Aid Budget committed this year	EUR 164 million
Total amount committed this year	EUR 164 million
Other funding from EU budget: - European Neighbourhood Instrument - Instrument contributing to Stability and Peace	EUR 54.5 million EUR 21.6 million
Other donors: United States of America (USA), United Kingdom, Kuwait, Germany, Japan	Above EUR 2.6 billion
Additional needs	
EUR 10 million	

Timing
Funds are needed as from 15 September 2015.

Why additional funding is needed?
<p>Overview: The Syria conflict is now recognized as the largest humanitarian crisis since World War II. Humanitarian needs continue to rise inside Syria with 12.2 million people currently in need of assistance. The Syrian refugee population is now the largest refugee population in the world with over 4 million people residing in the neighbouring countries. In addition, Syrian refugees are by far the biggest group of people seeking asylum in the EU (over 20%) and have heavily contributed to the record increase of people risking their lives at sea in 2015.</p> <p>Displacement, together with the approaching winter season will further exacerbate the already dire situation. The dramatic gap between available funding and humanitarian needs continues to widen. In August 2015, the Syria Regional Refugee and Resilience Plan (3RP) and Syria Response Plan (SRP) had a total funding gap of 71%, almost 10% higher than at this time last year.</p> <p>Inside Syria: Fighting and aerial bombardments continue. In July the Syrian regime conducted 6 673 air strikes, making it the most intense bombing reported in one month since the beginning of the conflict in 2011. The relentless violence causes not only high number of casualties and injured but also recurrent cycles of population displacement in many parts of Syria, with over one million people forced to flee their homes already this year according to the United Nations (UN). Following Islamic State in Iraq and the Levant (ISIL)'s recent advances, over 100 000 people have fled the southern areas of Al-Hasakeh city. In Ar-Raqqa Governorate, over 70 000 people had to flee as fighting between ISIL and non-State armed groups escalated. In southern Syria, over 40 000 people fled Dar'a city following an offensive by non-State armed groups. In Idleb, more</p>

than 40 000 people have been recently displaced as a result of insecurity, adding to the successive waves of displacement that the governorate has witnessed in the past three months. The humanitarian perspectives for the second half of 2015 appear dire, with multiple new frontlines.

With coping mechanisms exhausted, the provision of all basic needs is worsening, especially in the health and water sectors. Water supplies cut is increasingly being used as a tactic of war; nearly 5 million people are currently facing water shortages in the rural areas around Damascus, in Damascus, Dara'a and Aleppo due to the deliberate cut of water supplies by parties to the conflict. The situation is especially severe in Aleppo where around 1.7 million people – about half of them children - are suffering from water shortages at a time of intense summer heat waves (on average around 40 degrees Celsius). Water cuts and poor sanitation conditions severely increase the risk of water borne disease outbreaks. In the last 3 months, incidents of acute diarrhoea and water borne diseases (Hepatitis and Typhoid) have increased by more than 40%. In Aleppo alone, out of 7 300 children who visited UN Children's Fund supported clinics in July, 41% have been diagnosed with watery diarrhoea. Reports from a number of local Non-Governmental Organisations and hospitals indicate that currently there is an outbreak of Typhoid in Yarmouk and the surrounding areas.

Besides the efforts of humanitarian aid agencies, the response still falls short of the needs. There is an urgent need to scale up both immediate responses and preparedness measures such as equipping ground wells, enhancing water storage capacity and pre-positioning of fuel to operate the wells.

The de-facto closure of international borders is also of big concern as the cases of people at high-risk border areas become more common. Hundreds of families are stranded in increasingly crowded settlements along the borders, unable to cross. Additionally, the increasing number of Internally Displaced Persons in the few safe areas around the Syrian coast is exhausting the limited resources of the host communities to provide basic services.

Regional Refugee Crisis: The countries bordering Syria are at a dangerous point of saturation, especially Lebanon, which hosts the largest per capita refugee population - almost one in five living in the country is a Syrian refugee. Similarly, Turkey is now host to the largest refugee population in the world with over 2 million people, including over 1.8 million Syrians. In June, intensification of violence in the Syrian city of Tal Abyad on the border with Turkey led to over 23 000 refugees arriving in the border province of Sanliurfa in Turkey within just over a week. In mid-2015 there has been a major increase in refugees and migrants taking the 'eastern Mediterranean route' from Turkey to Greece.

Humanitarian agencies inside Syria face severe funding shortages for the neighboring countries. The World Food Programme (WFP) was forced to drastically reduce the values of vouchers it provides. In July, it announced its plan for the remainder of the year: the perspective is that assistance for about 200 000 people outside the camps in Jordan will be further reduced, dropping from USD 28 to USD 14 per person per month and for the slightly less vulnerable from USD 14 to USD 7, while the assistance of USD 28 for the refugees in the camps will continue. In Lebanon, WFP had to further cut down by 50% the value of the assistance from July onwards (being USD 13.5). The Agency has decided to cut the maximum amount which a family can receive to USD 67, even if the family is larger than 5 members, as of September. This will have

consequences on every sector: many more refugees will face increasing food insecurity, resort to negative coping strategies, fall further into debt.

What will be the funding used for?

The additional funds of **EUR 10 million** will be used to respond to the projected increase in needs in Syria and neighbouring countries and will allow for supporting operations until the second semester of 2016 including activities to meet winterization demands during the cold season. Such funds will also enable to respond to newly emerging needs due to further displacement inside Syria as well as to the influx of potential high numbers of new arrivals in Turkey.

The additional funds will also allow to fill in existing gaps in terms of life-saving assistance: medical emergency response, including the provision of essential drugs; food and nutritional items; safe water, sanitation and hygiene (WASH); shelter; distribution of basic non-food items (NFIs) and protection to help the most vulnerable families (IDPs, refugees, host communities).

Carefully targeted cash delivery options that cut across sectors to address basic needs at the household level have been tested with positive results - both in terms of impact and cost efficiency. This has been a key avenue for operation in Jordan and Lebanon. Additional funds will help mitigating the negative impact experienced due to the cuts of WFP assistance and will target the most cost-efficient and targeted humanitarian operations.

EU contributions to the civil unrest in Syria Crisis

(source: Emergency Response Disaster Information System)

Update at: 10/08/2015						
Donor	Commitments in EDRIS in EUR					TOTAL 2011-2015
	2011	2012	2013	2014	2015	
	TOTAL 2011	TOTAL 2012	TOTAL 2013	TOTAL 2014	TOTAL 2015	
Austria**		3.730.000 €	4.145.000 €	1.500.000 €	500.000 €	9.875.000 €
Belgium		2.000.000 €	12.935.898 €	3.500.000 €	7.000.000 €	25.435.898 €
Bulgaria		142.524 €	153.350 €	0 €	0 €	295.874 €
Croatia	0 €	261.138 €	165.403 €	0 €	0 €	426.541 €
Czech Republic		818.363 €	1.118.552 €	1.459.479 €	422.161 €	3.818.555 €
Denmark	268.601 €	3.153.396 €	38.631.596 €	24.952.228 €	10.194.045 €	77.199.866 €
Estonia		220.000 €	589.806 €	500.000 €	0 €	1.309.806 €
France		13.814.068 €	21.257.299 €	13.571.854 €	7.638.090 €	56.281.311 €
Finland	500.000 €	3.097.418 €	16.271.134 €	14.150.000 €	10.000.000 €	44.018.552 €
Germany	541.000 €	55.214.329 €	195.988.328 €	183.717.727 €	82.949.266 €	518.410.650 €
Greece		100.000 €	100.000 €	50.000 €	0 €	250.000 €
Hungary		198.222 €	195.586 €	130.000 €	0 €	523.807 €
Ireland		2.159.324 €	11.900.000 €	16.930.000 €	0 €	30.989.324 €
Italy		6.899.511 €	17.788.917 €	25.405.500 €	4.610.000 €	54.703.928 €
Latvia		43.000 €	50.000 €	0 €	0 €	93.000 €
Lithuania		14.481 €	40.547 €	48.689 €	0 €	103.716 €
Luxembourg		2.001.239 €	6.516.858 €	5.217.181 €	4.292.500 €	18.027.779 €
Malta	0 €	0 €	50.000 €	25.000 €	0 €	75.000 €
Netherlands		21.950.000 €	31.500.000 €	51.005.960 €	13.884.220 €	118.340.180 €
Poland		1.016.577 €	1.883.557 €	385.394 €	0 €	3.285.527 €
Portugal	0 €	0 €	130.000 €	110.000 €	0 €	240.000 €
Romania		155.850 €	150.606 €	73.325 €	0 €	379.780 €
Slovakia		140.000 €	50.000 €	0 €	0 €	190.000 €
Slovenia		60.000 €	60.000 €	30.000 €	0 €	150.000 €
Spain		2.705.852 €	8.121.681 €	8.500.000 €	500.000 €	19.827.533 €
Sweden	2.169.315 €	14.586.671 €	33.707.078 €	25.534.135 €	18.551.303 €	94.548.503 €
United Kingdom		85.208.413 €	248.473.314 €	310.177.743 €	373.900.147 €	1.017.759.617 €
TOTAL MEMBER STATES	3.478.916 €	219.690.376 €	651.974.510 €	686.974.214 €	534.441.732 €	2.096.559.748 €
EU humanitarian aid budget	0 €	165.732.843 €	350.000.000 €	201.000.000 €	164.000.000 €	880.732.843 €
TOTAL EU	3.478.916 €	385.423.219 €	1.001.974.510 €	887.974.214 €	734.441.732 €	2.977.292.591 €

ANNEX III: IRAQ

Key financial information	
Total amount committed in previous year for this crisis	EUR 47 million
Amount committed through the current year's initial Humanitarian Implementation Plan (HIP) relating to this crisis	EUR 11.55 million
Funds already committed this year for this crisis from the: - Operational Reserve - Emergency Aid Reserve	EUR 25 million EUR 0
Total amount from Humanitarian Aid Budget committed this year	EUR 36.55 million
Total amount committed this year	EUR 36.55 million
Other funding from the EU budget - Development Cooperation Instrument - Instrument contributing to Stability and Peace	EUR 50 million EUR 6 million
Other donors (<i>source Financial Tracking Service, as of 11/08/2015</i>): United States, Japan, Canada, Germany	Above USD 521 million

Additional needs
EUR 5 million

Timing
Funds are needed as from 15 September 2015.

Why the additional funding is needed?
<ul style="list-style-type: none"> • Qualified as a Level 3 emergency, Iraq remains one of the most serious humanitarian crises in the world. • United Nations (UN) agencies expect, under the most likely scenario, additional 1.7 million Internally Displaced Persons (IDPs) before the end of the year (in addition to the current 3.1 million). The number of people in need is estimated to reach 10 million (from the current 8.2 million). • Further escalation of the conflict and substantial new displacements are ongoing since June/July, in main urban areas in Ramadi, Falluja, Hawija, Al Baghdadi, Haditha, Heet. There is an urgent need to scale up immediate response and preparedness measures. The Iraqi government started on 13 July a major military operation to retake al-Anbar from the Islamic State in Iraq and the Levant (ISIL). Military operations continue along the Ramadi/Al Ameriyat corridor, with reports of airstrikes and armed clashes. Since 8 July, more than 78 300 people have fled the area around Saqlawiyah

city in Falluja district, according to the International Organisation of Migration. The population is hosted in tents, caravans and unfinished buildings. Water for drinking and general use is scarce, there are almost no sanitation facilities, temperatures often exceed 45°C in the shade and there is a lack of suitable shelter everywhere.

- The above estimates do not include a scenario of a possible Iraqi offensive on Mosul which could put additional 1.4 million people in need of assistance and require extra USD 450 million in humanitarian support, over and above the current Humanitarian Response Plan (HRP).
- The Iraq HRP has a total funding gap of 85% and some operations are already closing. The HRP is an extremely prioritised, cut to the bone plan: it caters for only 6.5 million people until end of December, out of the current 8.2 million (10 million expected). Several partners (the World Food Programme, United Nations High Commissioner for Refugees, United Nations Children's Fund, the World Health Organisation) have announced reductions in assistance. On 27 July, the UN announced the suspension of 184 frontline health services, due to the paralysing funding shortfall. On 9 August, the United Nations (UN) further announced that the food pipeline will break in October, impacting 2 million people in need. More than 80% of general health humanitarian programmes are now shut, directly impacting one million people. Over half a million children will not be immunized, spreading the risk of measles outbreaks and resumption of polio. Almost 30% of the water, sanitation and hygiene projects have closed due to lack of funding; more are set to close soon, impacting on 1.78 million people. Half of the programmes for shelter, providing life-saving aid will scale back, unless additional funding is received.
- Due to significantly increased needs, the International Committee of the Red Cross (ICRC) launched a new appeal for Iraq, requesting additional EUR 34.3 million in 2015 (in addition to the previously requested EUR 78 million). The Iraq appeal is one of the most underfunded ICRC appeals in the world.
- EU's humanitarian aid funding so far has been fully allocated and committed in direct response to the massive displacement from Ramadi of over 300 000 IDPs since 8 April and to support existing operations until the end of December. The Commission services have made strong strategic efforts in building partners' capacity to respond to new displacements (e.g. repositioning and access).

What will the funding be used for?

The additional funds of **EUR 5 million** will be used to respond to the new increase in needs in Iraq, as described above and in line with the Commission Strategy for the country. In particular, it will allow covering, at least partially, the needs resulting from new displacements and additional needs for winterization, as well as make it possible to increase lifesaving support to contested and conflict affected-areas, such as al-Anbar,

where most of the new displaced are.

EU support to the Iraq crisis in 2015 (as of 10/08/2015)	TOTAL IRAQ 2015 (in million EUR)
Austria	1,25
Belgium	4,00
Bulgaria	
Croatia	
Czech Republic	0,27
Cyprus	
Denmark	3,35
Estonia	
Finland	1,80
France	0,75
Germany	38,11
Greece	
Hungary	
Ireland	0,33
Italy	4,20
Latvia	
Lithuania	
Luxembourg	0,40
Malta	
Netherlands	4,00
Poland	
Portugal	
Romania	
Slovakia	
Slovenia	
Spain	1,00
Sweden	8,66
United Kingdom	28,07
EU humanitarian aid budget	36,55
TOTAL EU contributions	132,74